Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus und Garten", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1.25, monatl. 5.50 ℳ.℮ einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5.50 ℳ.℮ monatl. exkl. Zustellung, Ausland ausschließl. Postaufschlag usw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlitdia", Berlin. Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 324. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 ℳ.℮. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Reichsbankstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Wilhelmstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 16; Greifswalder Straße 197; Neunstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Hensteintplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Cecilstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 36/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Dornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grüllstr. 7; Weißensee: Gravestr. 136; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 31.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 402
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Mittwoch, 26. August 1925

Regierungsberatungen über die Teuerung

Kartelle und Zwischenhandel.

Maßnahmen, die keine sind.

Die gestrigen Beratungen beim Reichskanzler, die das Ziel hatten, Mittel und Wege zur Milderung der Teuerung zu finden, haben ein fragmentarisches Ergebnis gehabt. In diesen Verhandlungen stand das Kartellproblem im Mittelpunkte, und hier scheint die Regierung entschlossen, gewisse Ueberspannungen des Kartellgedankens mit Hilfe der Kartellverordnung zu bekämpfen.

Im Kampfe gegen die Lebensmittelteuerung ist die Regierung bisher nicht weiter als zu dem Vorschlage gekommen, in regelmäßiger Folge Uebersichten der Groß- und Kleinhandelspreise zu publizieren und dabei auch die Spannen zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen heute und vor dem Kriege anzugeben. Das ist zurzeit — alles. Zwar verspricht die Regierung noch „Erwägungen" und verheißt neue Entschlüsse, aber die Erwägungen und Entschlüsse liegen noch im dunkeln Schoß der Zukunft. Die Regierung legt mehr Wert auf eine Verteidigung der Zolltarifnovelle. Sie verweist darauf, daß die Getreidepreise — jetzt bereits in der Zeit der Ernte — eine sinkende Tendenz aufweisen, und sie beruhigt sich damit, daß an diesem oder jenem Schlachttage die Preise für das Pfund Lebendgewicht um 5 Pfennig niedriger sind als an dem vorhergehenden Schlachttage. Eine solche Betrachtungsweise kann angesichts der schweren sozialen Nöte, denen wir in diesem Herbst und Winter sichtlich entgegengehen, kaum anders als dilettantisch oder nutzlos bezeichnet werden. Vielleicht ist sie auch nur hilflos.

Rein politisch gesehen wird die Argumentation der Regierung einer der gehorsamsten Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei, wenig Freude bereiten. Diese Partei gehörte zu den Triebern der Regierung im Kampfe um den Hochschutzzoll und die Niederschlagung der Opposition. Heute beruft sich die Regierung darauf, daß die Preise im Kleinhandel nicht zurückgingen, weil der Kleinhandel bei gemindertem Verbrauch übersetzt sei.

Die tatsächliche Aufmerksamkeit der Regierung konzentriert sich auf den Kampf gegen die Auswüchse des Kartellwesens. Die neue Zolltarifnovelle tritt in Kraft, kaum daß sie beschlossen ist. Die Zölle dieser Novelle sind Verhandlungszölle. Die Schöpfer des Gesetzes rechnen damit, daß die Zölle auf Industrieimporten im Verhandlungswege eine erhebliche Ermäßigung erfahren werden, und daß gegen diese Ermäßigung Erleichterungen für den deutschen Exporthandel eingehandelt werden können. Das Zollgesetz vom Jahre 1903 ist erst nach zwei Jahren, also 1905, in Kraft getreten, nachdem vorher die entscheidenden Handelsverträge unter Dach und Fach gebracht worden sind. Heute ist es gerade umgekehrt. Die Zolltarifnovelle tritt in Kraft, das Ergebnis der sich hinschleppenden Handelsvertragsverhandlungen steht noch aus. So besteht die Gefahr, daß sich die deutsche Wirtschaft an das jetzige Zollniveau gewöhnt, das nach Geltungsdauer der deutschen Zolltarifnovelle und nach der Absicht, die ihren Sätzen zugrunde liegt, doppelt provisorisch ist. Diese Gefahr sieht die Regierung, und darum ist sie offensichtlich entschlossen, diese naheliegende Ausnutzung der autonomen Zollsätze hintanzuhalten. Zwei Mittel glaubt die Regierung in den Händen zu haben, ohne zu den Methoden der Zwangswirtschaft zurückzugreifen: sie wird jene Wirtschaftsgruppen, die sich am wärmsten für die Herabsetzung der Umsatzsteuer eingesetzt und die Belastung der Warenkalkulation ziffernmäßig nachgewiesen haben, eindringlich an diese Darlegungen — erinnern (!) und von ihnen verlangen, daß sie das Preisniveau den neuen Steuersätzen anpassen. Ferner erwartet die Regierung, daß sich im ganzen Wirtschaftsleben eine merkliche Beruhigung geltend machen wird. Sie stützt sich darauf, daß das verwickelte Aufwertungsproblem seine endgültige Lösung gefunden hat, daß das neue System der Steuern die Produzenten entlastet, und daß die Zollgesetzgebung im Exporthandel auf einige Zeit entweder beständige Verhältnisse geschaffen hat, oder im Begriffe steht, sie zu schaffen. Die Reichsregierung glaubt, daß damit jeder Grund zur Einsetzung einer übermäßigen Risikoprämie fortfällt. Damit sei aber zugleich der Hamsterstimmung, die sich heute in Nachwirkung der Erfahrungen während der Kriegs- und Inflationszeit breit mache, die Basis entzogen.

Die vor zwei Jahren erlassene Kartellverordnung sieht zwei Möglichkeiten, Auswüchse im Kartellwesen zu beseitigen, vor: das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsernährungsministerium können die Initiative ergreifen, um eine unmittelbare oder durch Kartelle herbeigeführte Ueberspannung der Preise zu beseitigen, die das Gemeinwohl gefährden. Die Reichsregierung hat von dieser Ermächtigung bisher wenig Gebrauch gemacht. Sie hat sich darauf verlassen, daß von einzelnen Mitgliedern der Kartelle auf Grund der Verordnung das Kartellgericht angerufen wird, mit der Absicht, Kartellbindungen zu lösen. Bisher sind 160 Klagen vor das Kartellgericht gebracht worden. Davon wurden 40 durch ein Einvernehmen der Parteien erledigt. Von den übrigen 120 Fällen sind etwa die Hälfte zugunsten der Kartelle entschieden worden. Damit wurde Außenseitern freie Bahn geschaffen und die freie Konkurrenz bis zu einem gewissen Grade wieder hergestellt.

Die antikartellistische Tendenz der Reichsregierung richtet sich heute gegen jene Kartelle, die bisher hartnäckig an ihren machtpolitischen Prinzipien festgehalten und Widerstand geleistet haben. Besonders werden Bedingungen beanstandet, die den Käufer zwingen, zu einem festen Preise weiter zu verkaufen, was besonders im Bauhandwerk, im Textilgewerbe, zum Teil auch im Nahrungsmittelhandel der Fall ist. Gewinnquoten bis zu 75 Prozent des Einkaufspreises seien keine Seltenheit. Ebenso sei die Klausel des freibleibenden Preises oder der freibleibenden Lieferungsbedingung oder die Valutaklausel heute unerträglich.

Ebenso kann die Reichsregierung die weitere Geltung der Ausschließlichkeitsklausel nicht dulden, die zwischen den einzelnen Produktionsstufen eine einzige Kette kartellmäßig verschwägerter Glieder herstellt, die nicht durchbrochen werden kann, und die jeden Außenseiter mit der wirtschaftlichen Existenzvernichtung bedroht.

Die Aktion der Regierung wird sich auch gegen die Einzelunternehmer richten, die ein Monopol gemeinschädlich ausnützen. Zu diesem Zweck wird sie § 11 der zitierten Verordnung benutzen, der ihr das Recht gibt, die Verträge, die das Gemeinwohl gefährden, zu bezeichnen, und damit jedem einzelnen die Möglichkeit schaffen, sich von diesen Verträgen durch Kündigung zu lösen.

Die Besprechungen im Reichskabinett.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Beratungen über die Preisbildungsfragen sind gestern abend im Reichskabinett fortgesetzt worden und werden voraussichtlich heute nachmittag zu Ende geführt.

Die Reparationsanleihe.

Flugzeugtransport von Anleihestücken im Werte von 9,6 Millionen Pfund nach London.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 25. August.

Außerordentliches Aufsehen hat heute die Landung des Junkersflugzeuges in Croydon erregt, das im Auftrage der deutschen Regierung **Bonds der Reparationsanleihe im Werte von 9 660 000 Pfund Sterling** an die Bank von England mit sich führte. Es handelt sich hierbei nicht allein um die wertvollste Ladung, die jemals durch ein Flugzeug transportiert wurde, sondern auch die erste Landung eines Ganzmetallflugzeugs, wie diese von den Junkers-Werken gebaut werden, in England. Das Flugzeug verließ Berlin am Montag, mußte aber in Amsterdam infolge schlechten Wetters übernachten. Das Flugzeug, das demnächst wieder nach Berlin zurückkehrt, wird mit einer ähnlichen Ladung — es handelt sich um Sicherheiten, die die deutsche Regierung im Zusammenhang mit der Dawes-Anleihe in der Bank von England niederlegen ließ — wieder zurückkehren. Die kostbare Fracht des Flugzeuges, die in zwanzig versiegelten Säcken in ein Automobil der Bank von England umgeladen wurde, wurde unter starkem militärischen Schutz in die Bank überführt, wo sie morgen im Beisein zweier Beamten der Schuldenkommission geöffnet wird.

Veröffentlichung der Note am Donnerstag?

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L Paris, 25. August.

Nach einer amtlichen Mitteilung wird die **französische Antwortnote an Deutschland** in der Sicherheitsfrage am Mittwoch abend der Presse übergeben, so daß sie **am Donnerstag in den Morgenblättern veröffentlicht** werden kann.

*

An deutscher amtlicher Stelle ist von einer Verschiebung des Veröffentlichungstermines nichts bekannt. Weder auf der deutschen Botschaft in Paris noch auf dem Auswärtigen Amt ist eine entsprechende Anregung eingelaufen.

L Paris, 25. August. (Privat-Telegramm.) Der Abgeordnete Girod hat den Minister für öffentliche Arbeiten davon in Kenntnis gesetzt, daß er ihn bei dem Wiederzusammentritt der Kammer über die **häufigen Eisenbahnunfälle,** besonders über die Ursachen und die Verantwortlichkeit bei dem letzten Unglück von Sens, interpellieren werde.

England und der Sicherheitspakt.

Die englische Gleichgültigkeit. — Chamberlain und Briand. Der Völkerbund. — Verhandlungen mit Deutschland.

Von unserem Korrespondenten
Dr. Kurt v. Stutterheim.

△ **London,** Ende August.

Die europäische Geschichte Englands ist seit drei Jahren ein einziger, großer Abkühlungsprozeß. Auf der einen Seite kühlte, dank dem Genie Poincarés, die langjährige Liebe zu Frankreich ab, während gleichzeitig der Haß gegen Deutschland den Siedepunkt verließ. Englands traditionelle Gleichgültigkeit kam wieder zu ihrem Recht und hiermit auch das durch Lloyd Georges mißglückte Konferenzen gestärkte Verlangen, möglichst wenig mit europäischen Verwicklungen zu tun zu haben. Sogar dem in den Himmel gehobenen Völkerbund zeigte man die kalte Schulter, als dieser sich mittels des Genfer Protokolls einen Eingriff in Englands Selbstbestimmungsrecht erlaubte.

Diese Stimmung des Beiseitestehens, die noch zunahm, als der Dawes-Plan England nicht die erwarteten wirtschaftlichen Vorteile brachte, war dem von Deutschland vorgeschlagenen Sicherheitspakt an und für sich nicht günstig. Es war deshalb zweifelhaft, welche Aufnahme der Paktvorschlag im Lande finden würde, wenn nicht das mit seiner eigenen Politik bankrotte Foreign Office sich auf Tod und Leben für den Pakt eingesetzt hätte. Dieser Auftakt zeigt, wie die Strömungen sich verteilten, daß nämlich der Paktgedanke nicht vom Lande ins Amt getragen, sondern umgekehrt, von offizieller Stelle aus in der Provinz propagiert wurde. So heikel eine solche Aufgabe von Anfang an war, so sollte sie noch weiter erschwert werden, als die seit langem latente Industriekrise Englands plötzlich akut wurde. Denn jetzt schnellten die egoistischen Instinkte des Volkes wie eine Quecksilbersäule in die Höhe, denen der Pakt als ein Altruismus gegenüberstand, den das mit seinen eigenen Wirtschaftsnöten schon übermäßig belastete England sich gar nicht mehr gestatten könne.

Wenn die Regierung gleichwohl mit aller Energie an dem Pakt festhielt, so waren in der Hauptsache folgende Gründe hierfür maßgebend: Nach dem Scheitern aller vorherigen Versuche, wie der Militärallianz und des Genfer Protokolls, bot der Pakt die einzige Möglichkeit zur Befriedigung Europas, die England im Interesse seines Handels notwendig brauchte. Zu dem allgemeinen Gesichtspunkt kam der spezielle, daß der die Sicherheit Frankreichs garantierende Pakt diesem Lande die naheliegende Entschuldigung für die Hinausschiebung der Abrüstung nahm. An der Verminderung der französischen Heeresausgaben aber mußte England um so mehr gelegen sein, als die interalliierte Schuldenfrage auf Lösung drängt. Was schließlich Deutschland betraf, so beseitigte der Pakt und der mit ihm verbundene Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Gefahr eines Bündnisses zwischen Berlin und Rußland, in welchem Lande England, zumal nach den Ereignissen in China, seinen nächsten großen Gegner erblickt.

So wichtig ein derartiger Pakt für England sein mochte, so durfte er doch nicht mit einem zu hohen Preise bezahlt werden. Es war der Grundgedanke des Hurstschen Paktentwurfes, nachdem schon vorher alle Ostfragen mit einem Federstrich auf der englischen Pflichtenliste gestrichen waren, den Pakt so restlos wie möglich in den Völkerbund einzuarbeiten. Aber hierauf konnte der inzwischen in London eingetroffene Briand nicht eingehen. Er hatte mit der geradezu hysterischen Invasionsfurcht seines Landes zu rechnen, die nicht durch Völkerbundsaktionen, sondern nur durch greifbare englische Bataillone zu bannen war. Zur Erreichung eines Kompromisses fand man deshalb den Begriff des „flagranten Angriffes", unter dem man unter anderem die Grenzüberschreitung sowie die Zusammenziehung größerer Truppenmassen im entmilitarisierten Gebiet verstand. In diesem Falle versprach England ohne vorherige Anrufung des Völkerbundes auf seiten des Angegriffenen in den Krieg einzutreten, wobei freilich Chamberlain die Entscheidung, ob ein flagranter Angriff vorliege oder nicht, England vorbehielt. Für dieses Nachgeben Chamberlains hatte Briand seinerseits den Preis zu entrichten, daß er alle sonstigen aus dem Rheinpakt entstehenden Streitfälle dem Völkerbund zu unterbreiten zusagte. Diese Präzisierung der englischen Garantiepflichten dürfte das eine der wichtigen Ergebnisse der Londoner Besprechungen bilden. Das andere liegt in der Aussichtstellung unmittelbarer Unterhaltungen mit einem gleichberechtigten Deutschland, zunächst wohl in Form von Sachverständigenbesprechungen (Fromageot, Hurst, Gauß). Auch hierin ist eine Art mittlere Linie zwischen den rein diplomatischen Verhandlungsabsichten Briands und den umfassenderen Konferenzgedanken Chamberlains zu erblicken.

Mit dem Ergebnis der Londoner Besprechungen war man in Regierungskreisen vollauf zufrieden, schon deshalb, weil